

Ostsee-Zeitung und Börsen-Nachrichten der Ostsee.

Insertions-Preis: für den Raum einer Zeilzeile 2 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Breitestr. Nr. 1. in Hamburg-Altona: Haafenstein & Vogler. in Stettin: die Expedition. Geeignete Mittheilungen werden grat. aufgenommen und auf Verlangen angemessen honorirt.

Deutschland.

Königsberg, 16. Februar. Gestern standen 4 Preß-Processe vor der Criminal-Deputation des hiesigen königlichen Stadtgerichts an. Der Gerichtshof erkannte in dem ersten Falle auf Verurtheilung des früheren Redacteur der „Königsb. Hart. Ztg.“ Dr. v. Hasenkamp aus dem §. 48 des Preßgesetzes und §. 102 des Str.-G.-B. (Beleidigung von Zeugen) auf vierwöchentliche Gefängnißhaft. Die dritte Anklage war gegen den jetzigen Redacteur der genannten Zeitung, H. Büttner, gerichtet; sie beschuldigt ihn der Beleidigung der Ostpr. ländlichen Feuer-Societäts-Direction mit dem Charakter der Verleumdung. Der Gerichtshof nahm die That als erwiesen an und erkannte, dem Antrage der Staatsanwaltschaft entgegen, die mildernde Umstände nicht gestatten wollte, unter solchen auf 20 Tblr. event. 14tägige Gefängnißhaft. Die letzte Anklage betraf die „Hartung'sche Zeitung“, ebenso das offizielle Anzeigebblatt, die „Ostpr. Ztg.“ Beide brachten die bekannte, überall unbeanstandet gebliebene Lord Russell'sche Note über die Gasteiner Convention in Form einer telegraphischen Depesche, Die beiden Redacteurs Dr. von Hasenkamp sowohl als der Hofbuchdrucker Schulz sind deshalb der Theilnahme einer Ehrfurchtsverletzung gegen den König angeklagt und wurden, Herr Schulz zu 2-, Herr Dr. von Hasenkamp zu 3 monatlicher Gefängnißhaft verurtheilt, der in dieser Sache aus dem §. 35 des Preßgesetzes mitangeklagte Verleger der „Königsb. Hart. Ztg.“ aber freigesprochen. (Kön. Hart. Ztg.)

Oesterreich.

Wien, 15. Februar. Die heutige „Wiener Zeitung“ müßte in Preußen eigentlich mit Beschlagnahme belegt werden, denn sie stellt die Ansichten der Oesterreichischen Blätter über das Urtheil des Berliner Ober-Tribunals und den Protest des Preussischen Abgeordnetenhauses zusammen, und deren Sprache ist, wie die „Wiener Zeitung“ selbst bemerkt, die unumwundenste. Die Entscheidung des höchsten Preussischen Gerichtshofes und die Regierung, welche diese Entscheidung hervorrief und verteidigt, werden in Ausdrücken verurtheilt, die wir nicht wiedergeben können. Die Haltung der Preussischen Volksvertretung findet die höchste Anerkennung; nur benutzt die „Ost-Deutsche Post“ die Gelegenheit, derselben wegen ihrer Haltung in der Schleswig-Holsteinischen Frage Vorwürfe zu machen.

Wien, 15. Februar. Die Defraudation bei der Credit-Anstalt beträgt 450,000 Fl., 300,000 sind durch die Direction und den Verwaltungsrath gedeckt. Der Defraudant verlor alles in der Zahlenlotterie. Gegen die Mitglieder des Verwaltungsrathes, welche an der gestrigen Börse die Defraudation leugneten und große Summen verlaufen, herrscht Erbitterung. Die Generalversammlung droht heute sehr stürmisch zu werden. (Tel. Dep. d. Bresl. Ztg.)

Wien, 15. Februar. Belcredi tritt nicht zurück, sondern nur das Präsidium des Ministeriums an Esterhazy ab. Majlath wird Ungarischer Minister des Innern. Die Berufung der Minister nach Pesth ist unklar. — Creditanstalts-Versammlung. Oberlandesgerichtsrath Bist hält den Verwaltungsrath zum Ersatz der Defraudation für verpflichtet. Sturm gegen Müller. Beschlossen wurde: Couponsauszahlung mit neun Gulden, Wahl des Revisions-Comitees. (Tel. Dep. d. Bresl. Ztg.)

Brag, 12. Febr. Der Deak'sche Adressentwurf hat bei den beiden großen Parteien des Landes eine unverkennbare tiefe Mißstimmung hervorgerufen, und werden in sämtlichen hiesigen Journalen harte Urtheile über denselben gefällt. Die Deutschen verstimmt die Zurückweisung des Februar-Patents, die Czechen die Verhorensurkunde des October-Diploms. — Der Landtag nimmt einen höchst ungemüthlichen Verlauf; die Stimmung ist eine so gereizte und verbitterte, daß keine Debatte ohne persönliche Invektiven ein- und andererseits vorübergeht. In der letzten Landtagssitzung kam es gelegentlich der Debatte über das Jagdgesetz so weit, daß die Deutschen Abgeordneten sich aus dem Saale entfernten und hierdurch die Beschlußfähigkeit desselben herbeiführten.

Frankreich.

Paris, 14. Februar. „Ist die Discussions-Freiheit in Gefahr?“ So lautet die Ueberschrift des heutigen Leit-Artikels der „France“, der gegen die „Presse“ gerichtet ist. Unter Girardin's Leitung hat dieses Blatt mit Hingebung und großem Talent eine vermittelnde Stellung zu behaupten und die Eigenschaften, eines die Politik des Kaisers möglichst stützenden, doch vor dem Unheilvollen freimüthig warnenden Organes zu vereinigen gesucht; doch es findet nun, daß mit dem jetzigen System nicht mehr in dieser Weise auszukommen ist, und schloß diesen Abschnitt seiner Thätigkeit gestern nach erlangter zweimaliger Verwarnung mit dem Bekenntnisse, die französische Presse achte unter einem Regimente, daß der Discussionsfreiheit keinen Raum mehr gestatte und alle Interessen, deren Mittelpunkt ein großes Blatt ist, gefährde; es bleibe daher, wohl erwogen, einer Zeitung, die sich selber achte, nichts übrig, als sich in ihr Zelt zurückzuziehen und bessere Zeiten abzuwarten. „Da wir von der Revolution ohne Freiheit durch bittere Erfahrung und abgeschredet“, schließt die „France“ ihre „nothgedrungene Erklärung“, „aber mit festem Willen der Freiheit ohne die Revolution, der Freiheit durch das allgemeine Stimmrecht ergeben waren, so war uns logisch unsere Pflicht durch die zwei Worte vorgezeichnet: „Gesetzlicher Widerstand“, und dieser Pflicht sind wir nachgekommen, indem wir uns gegen die Verwarnungs-Maßregel an den Staatsrath wendeten. Wir haben gethan, was sich thun ließ; wir haben gesagt, was zu sagen gestattet war. Der Schriftsteller ist nun der Freiheit, die ihm durch das Gesetz gelassen ist, verantwortlich; wenn dem Schriftsteller die Freiheit gebricht, so trifft nicht ihn, sondern das Gesetz der Vorwurf.“ Die „France“, welche freilich so ziemlich sagen kann, was sie will, weil ihr Wille sich immer ängstlich nach der Hoflust dreht, findet nun, daß die Klagen der „Presse“ zwar Beachtung verdienen, doch „daß dieser Terrorismus“, diese „Entmuthigung der Wirklichkeit nicht entspreche“. Die „France“ spielt den Schmeichler heute in der gewissenlosesten Weise, um zu beweisen, daß Lavalette nicht daran denke, das Recht loyaler Discussion zu verneinen. Wer von der unsmüthigen Härte des jetzigen französischen Preßsystems mit solcher Leichtfertigkeit spricht, der verdient allerdings keine größere Discussionsfreiheit; aber es wird vereinst schwer in die Wagschale fallen, daß unter Lavalette nicht einmal das Blatt eines so ergebenen Bonapartisten, wie Emil Girardin ist, den Mund aufstun und von gefährlichen Unternehmungen abrathen dürfte.

„Siecle“, „Journal des Debats“, „Opinion Nationale“, „Tems“ und „Avenir“ auf der einen, „France“, „Monde“, „Gazette de France“ und „Union“ auf der anderen Seite erbürten heute die Senats-Debatte über die Römische Frage. Schon diese Gruppierung zeigt, wie die öffentliche Meinung in Frankreich zu der Frage steht; von den halb-officiellen und officiösen Blättern ist nicht zu sprechen, da sie sich nach Rouhers Beispiel bemühen, ihre wahre Meinung unter Nebenarten zu verstecken. „Siecle“ meint, die Römische Frage führe im Senate alljährlich zu demselben Programme, dessen Recept laute: „Schimpfen auf die Italiensche Regierung, überschwängliches Lob auf die theokratische Regierung in Rom, Kriegserklärung gegen die Revolution, worunter alles, was modernen Ideen ähnelt, verstanden wird.“ „Siecle“ macht dazu die Bemerkung, daß von allen Lobrednern der Römischen Regierung keiner unter denselben, wie sie ist, leben möchte; selbst Bonnehofe würde, obwohl Cardinal, in Rom des Vergnügens entbehren, wie im Französischen Senate nach Herzenslust sich gehen lassen zu dürfen. Wie die letztgenannten Blätter Rouhers Rede mit Stillschweigen übergehen, so schweigt der „Monde“ über die ganze Sitzung; in einem halben Jahre will er seine Meinung äußern. Die „Union“ kann sich nur dann erst trösten, wenn man bei dem, was der Senat will, nicht stehen bleibt, sondern Frankreich dem Papste die verlorenen Provinzen zurückerobert.

Die jüngsten Nachrichten aus Südamerika bestätigen, daß die Englisch-Französischen Vermittlungsversuche in der Spanisch-Chilenischen Angelegenheit wenig Hoffnung haben, am Stillen Meere günstig aufgenommen zu werden. Chili sowohl wie Peru scheinen auf die Unterfützung der Vereinigten Staaten zu bauen, die so eben ein Panzer-Schiff-Geschwader in die Chilenischen Gewässer entsandt hatten. Dennoch ist dabei in Betracht zu ziehen, daß der hiesige Chilenische Gesandte, Hr. Rosales, dabei beharrt, daß sein Gouvernement angemessenen Vermittlungs-Vorschlägen stets ein geneigtes Ohr leihen werde und daß nach ihm die Anwesenheit der Amerikanischen Escadre sich nur auf den Schutz der Nordamerikanischen Interessen in jenen Gegenden bezieht.

England.

London, 14. Februar. Wenn der von Sir George Grey eingebrachte Gesetzentwurf zur Abänderung des von den Mitgliedern des Unterhauses zu leistenden Eides sich auch nur auf eine Form bezieht, so stellt er doch die freisinnigsten Anschauungen, welche sich in den regierenden Kreisen immer mehr Bahn brechen, in eine vortheilhafte Beleuchtung. Noch vor acht Jahren wurden bei der sogenannten Consolidirung des vor jener Zeit ungemein weitverbreiteten Eides manche, besonders den Katholiken anstößige Formeln beibehalten, welche in ihrer beleidigenden Abgeschmacktheit an die unduldsamen Zeiten ihres Ursprunges erinnerten. Es ist ein gutes Zeichen, daß die Regierung selbst sich die Beseitigung solcher dem Zeitgeiste widersprechenden Unzulänglichkeiten, und seien sie auch nur formeller Natur, zur Aufgabe gemacht hat. Einmal schon, in der letzten Session, ist eine ähnliche Reform an dem Widerstande des Oberhauses gescheitert; es wird sich nun herausstellen, ob die Pair's des Reiches sich wieder gegen die unter dem Volke fortschreitende Aufklärung in einen Panzer der Finsterniß hüllen wollen. Im Unterhause wird der Gesetzentwurf höchst wahrscheinlich durchgehen; bei der ersten Lesung zog der einzige Newdeputate, der hartnäckigste Vertreter hochkirchlicher Orthologie und an bornirter Intoleranz nur von seinem Collegen Whalley übertroffen, gegen die vorgeschlagene Maßregel zu Felde; mit welchem Erfolge, bewies die unauslöschliche Heiterkeit, die ihn begrüßte.

Türkei.

Konstantinopel, 13. Februar. Die internationale Sanitäts-Commission zur Abwehr der Cholera-Versehrung hat sich heute officiell constituirt und ist von Ali Pascha mit einer Ansprache begrüßt worden. Die regelmäßigen Sitzungen beginnen am Montage nach dem Bairamfeste. (T. D.)

Locales und Provinziales.

Stettin, 16. Febr. Der Kaufmann Karl Friedrich Henke in Swinemünde ist zum königl. hannoverschen Vice-Consul daselbst ernannt und in dieser Eigenschaft von der diesseitigen Staats-Regierung anerkannt worden.

Banken und Geldmarkt.

London, 15. Februar, Abends. Nach dem heute erschienenen Bankausweise beträgt der Notenumlauf 20,763,240 (Abnahme 252,960), der Baarvorrath 13,296,114 (Zunahme 239,121), die Noten-Reserve 6,286,945 (Zunahme 380,625) £. (W. T. B.)

Neueste Nachrichten.

Berlin, 16. Februar. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ und die „Kreuz-Ztg.“ enthalten folgende „amtliche Berichtigung:“ Auf die von dem Abgeordneten Dwesten in der Sitzung vom 13. d. M. auf meine amtliche Widerlegung gemachten Aeußerungen wird Folgendes zur einfachen Darlegung des Sachverhältnisses erklärt: Aufgefordert durch Ministerial-Rescript vom 31. December v. J. Vorschläge wegen Ueberweisung von Hilfsrichtern während der Dauer des Landtages zu machen — wie solches jedesmal vor Eröffnung des Landtages geschieht — beantragte ich für den Criminal-Senat, aus dessen Mitte 5 Mitglieder, ausschließlich der beiden Präsidenten desselben, zum Landtage berufen waren, die Zuordnung von 3 Hilfsrichtern für die Dauer des Landtags, deren Auswahl ich — wie es in der Natur der Sache liegt und ohne auch nur bestimmte Personen in Vorschlag zu bringen — dem Herrn Minister überlassen mußte. Außerdem wurde für ein erkranktes Mitglied desselben Senats und für den IV. Senat, wegen Einberufung eines Mitgliedes zum Landtage, in ganz gleicher Weise um Zuordnung von Hilfsrichtern gebeten. Diese Anträge wurden genehmigt, und mir die für die Senate bestimmten Hilfsrichter überwiesen. Hieraus wird sich zur Genüge ergeben, daß der mir anscheinend gemachte Vorwurf einer tendenziösen Ueberweisung von Hilfsrichtern ein völlig grundloser ist. Berlin, 15. Februar 1866. Der Erste Präsident des königlichen Ober-Tribunals. Staats-Minister Ubdon. Von kompetenter Seite geht der „Nordd. Allg. Ztg.“ und der „Kreuz-Ztg.“ die Mittheilung zu, daß das bekannte Rencontre zwischen den Abgeordneten Graf Wartensleben und Dr. Frese dem Ersteren Veranlassung gegeben hat, dem Dr. Frese gegenüber alle diejenigen Schritte zu thun, welche geboten erscheinen, so lange man annehmen muß, es mit einem Manne zu thun zu haben, der auf Bildung und Ehre Anspruch macht. Wie wir zuverlässig berichtet worden, hat es inbezug der Dr. Frese beharr-

lich abgelehnt, eben sowohl eine befriedigende Erklärung zu geben, als auch eine andere Art von Satisfaction zu gewähren. Die conservative Fraction hat nicht allein die betreffenden Schritte des Grafen Wartensleben einstimmig und unbedingt gut geheißen, sondern in gleicher Weise anerkannt, daß derselbe allen Anforderungen Genüge gethan.

Der „Staats-Anz.“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ melden: Der „Breslauer Zeitung“ wurde aus Berlin telegraphisch gemeldet: „Der ehemalige Justiz-Minister v. Bernuth suchte nach und erhielt eine Audienz bei Sr. Majestät dem Könige behufs Vorstellungen wegen des Anklagebeschlusses des Ober-Tribunals.“ Wir sind ermächtigt, dieser Nachricht dahin zu widersprechen, daß der vormalige Justiz-Minister v. Bernuth eine Audienz bei Sr. Majestät dem Könige weder nachgesucht noch erhalten hat, und daß daher auch alle aus jener irrthümlichen Nachricht gezogenen Folgerungen unbegründet und hinfällig sind.

Die diesjährige ordentliche General-Versammlung der Meistbetheiligten der Preussischen Bank ist auf den 23. März Nachmittags 5 1/2 Uhr einberufen.

Magdeburg, 16. Februar, 11 Uhr Vorm. Die Einnahme der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn für den Monat Januar weist im Vergleich zum selben Monat des Jahres 1865 ein Plus von 28,000 Thlr. auf. (Tel. Dep. der Berl. Börzsg.)

Bukarest, 14. Februar. Das Journal „Sentinella“ ist unterdrückt worden. In der Moldau ist die Cholera wieder ausgebrochen. (W. T. B.)

Hamburg, 16. Februar, Mittags. Nach dem gestrigen Ausweis der Girobank haben die Saldos durch Silberveränderungen um 162,329 Mrt. abgenommen. (W. T. B.)

Flensburg, 16. Februar. Wie die „Norddeutsche Zeitung“ hört, geht die Vereinsbank in Hamburg damit um, in Flensburg eine Commandite zu errichten. (W. T. B.)

München, 16. Februar. Die Staatsregierung hat die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank ermächtigt, weitere 30 Millionen Pfandbriefe unter den bisherigen Bedingungen auszugeben. Die Staatsregierung wünscht, daß hiervon mindestens 20 Millionen der Landwirtschaft zugewendet werden. (W. T. B.)

Pesth, 15. Februar. Heute begann im Unterhause die Adressdebatte. Der Abgeordnete Bartal verfocht in einer dreistündigen Rede die Einheit der Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und des Krieges, sowie die gemeinsame constitutionelle Controle durch einen „Congreß.“ Der Congreß solle auf Grund der Parität aus jährlich zu wählenden Regnicular-Deputationen der Vertretungskörper der Deutschen und Slavischen Provinzen sowie des Ungarischen Landtages bestehen und, durch Instruktionen nicht gebunden, zu öffentlicher Verhandlung und namentlicher Abstimmung verpflichtet, sowie mit entscheidendem Votum versehen sein. Jede Modification des hierauf bezüglichen pactum conventum solle von neuen Landtagstractaten, jede Erweiterung des Wirkungskreises des Congresses vom Majoritätsvotum des Ungarischen Landtages abhängig sein. Der Redner gab das Recht zu, restitutio in integrum zu verlangen, bestritt aber, daß dieses Recht jeder Zeit und sofort geltend gemacht werden dürfe. (W. T. B.)

Agram, 15. Februar, Abends. Der Landtag beschloß in seiner heutigen Sitzung, den Adreß-Entwurf Wrazovic als Minoritäts-Votum dem Kaiser vorzulegen. (W. T. B.)

Triest, 15. Februar. Die Levantepost ist mit Nachrichten aus Athen vom 10. d. M. eingetroffen. Ein neues Ministerium war daselbst in Folge der vom König unerwartet beschlossenen Kammervertagung definitiv gebildet worden. In einem Circular der Schutzmächte an ihre Gesandten in Athen wird damit gedroht, daß, falls sich die Parteien zur Regelung der Finanzen und Herstellung der Ruhe nicht einigen, wirksamere Maßregeln getroffen werden sollen. — Aus Constantinopel vom 10. d. M. wird gemeldet, daß Dervisch Pascha mit neuen Truppen nach dem Libanon gesandt worden ist. (W. T. B.)

Telegramme der Ostsee-Zeitung.

(Von Wolffs telegraphischem Bureau.) Berlin, 16. Februar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der Schiffahrtsvertrag mit Großbritannien mit großer Majorität angenommen. Bei der Debatte über die Petition, das Kölner Abgeordnetenest betreffend, erklärte der Minister Graf Culenburg: die Beamten hätten correct gehandelt und ihre Schuldigkeit gethan und er hofft, sie werden sich nicht daran kehren, ob das Haus ihr Verfahren billige oder nicht. Die von der Commission vorgeschlagenen Resolutionen sind bei paragraphenweiser Abstimmung sämtlich mit großer Majorität angenommen; dagegen stimmten die Katholiken und die Conservativen.

Handelsberichte und Correspondenzen.

Telegramme der Ostsee-Zeitung. Amsterdam, 16. Februar.*) Weizen stille. Roggen in loco geschäftslos, auf Termine flauer. Rapps im October 74 1/2 S. Rübsöl pro Mai 54 1/2 fl., pro Herbst 44 fl. Das Londoner Telegramm fehlt noch.

*) Angekommen 11 1/4 Uhr Nachts. Köln, 16. Februar, Nachmittags 1 Uhr. Regenwetter. Weizen unerändert, loco 6 Rg 10 Sgr., pro März 5 Rg 25 Sgr., Mai 6 Rg 4 Sgr. Roggen still, loco 4 Rg 25 Sgr., pro März 4 Rg 20 Sgr., pro Mai 4 Rg 26 Sgr., Spiritus feiner, loco 18 1/2 Rg. Rübsöl flau, loco 17 1/2 Rg, pro Mai 16 1/2 Rg, pro October 14 1/2 Rg. Leinöl höher, loco 14 1/2 Rg. Hamburg, 16. Februar, 1 Uhr 32 Minuten. Weizen schwach behauptet, April-Mai 118 Rg Gb., Mai-Juni 119 1/2 Rg Gb. Roggen matt, April-Mai 80 1/2 Rg bez. u. Br., Mai-Juni 82 Rg Br. Rübsöl behauptet, Mai 33 mkf 2 1/2 Gb., October 27 mkf 14 S. Wien, 15. Februar. Geschäftslos. Creditactien 146, 20, Nordbahn 153, 50, 1860er Loose 80, 85, 1864er Loose 76, 60, Staatsbahn 165, 60, Galizier 158, 50. Paris, 16. Februar, 10 Uhr 27 Minuten. Mehl behauptet, März-April 50 Frs. 75 c, März-Juni 52 Frs., Mai-August 53 Frs. 50 c. Rübsöl behauptet, März-April 126 Frs. 50 c, Mai-August 114 Frs. 50 c, September-December 107 Frs. — Spirit fest, pro Mai-August 48 Frs. 50 c, Sept.-December 50 Frs. 75 c. Stettin, 16. Februar. Im Waarenhandel hat der Verkehr keine größere Ausdehnung genommen, er beschränkte sich lediglich auf Ankäufe für den Consum. Preise behaupten sich durchweg gut. Fettwaaren. Baumöl hat sich nicht verändert, der Abzug betrug in voriger Woche 700 Sgr. Malaga 17 1/2 Rg tr. bez., 18 Rg

